

**Dokumentation der gemeinsamen Fachtagung
der Siebten Altenberichtscommission und der
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)
zum Siebten Altenbericht**

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune

8. Juli 2014 in Berlin

Einführung

Im Auftrag des BMFSFJ erstellt die Siebte Altenberichtscommission einen Bericht zum Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Die Kommission wurde Ende 2012 berufen und wird ihren Bericht voraussichtlich im Frühjahr 2015 fertigstellen.

Schon bei der Erstellung früherer Altenberichte erwies es sich für die jeweilige Kommission als sinnvoll, sich mit Vertretern und Vertreterinnen von Senioren-Organisationen über das jeweilige Berichtsthema und einzelne Aspekte des Berichtsthemas auszutauschen. Dabei stellen Mitglieder der Sachverständigenkommissionen den Zwischenstand bei der Arbeit am Altenbericht vor. In Form von vorbereiteten Kommentaren sowie von spontanen Redebeiträgen aus dem Publikum gibt es dazu Rückmeldungen und Anregungen aus den Reihen der Senioren-Organisationen. Diese Rückmeldungen und Anregungen können wiederum in die weitere Arbeit am jeweiligen Bericht einfließen.

Auch die Siebte Altenberichtscommission hat deshalb zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zu einer gemeinsamen Fachtagung über den Siebten Altenbericht eingeladen. Die Veranstaltung fand am 8. Juli 2014 im Hotel Aquino Tagungszentrum in Berlin statt. Organisiert wurde die Fachtagung von der Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung, die am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) angesiedelt ist, in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der BAGSO.

In dieser Veröffentlichung sind das Programm der Tagung und die auf der Tagung eingebrachten Vorträge, Kommentare und Publikumsbeiträge dokumentiert.

Die Dokumentation wurde erstellt von:

Dr. Frank Berner und Dr. Christine Hagen (DZA, Geschäftsstelle für die Altenberichte)

Gabrielle Hinn und Dr. Guido Klumpp (Geschäftsstelle der BAGSO)

Prof. Dr. Andreas Kruse (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg)



Podiumsdiskussion



Publikum

- ▶ **11.00 Uhr** **Eröffnung der Tagung**
Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Grußwort

*Dr. Matthias von Schwanenflügel, BMFSFJ, Leiter der Abteilung 3
„Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege“*

- ▶ **11.15 Uhr** **Ungleichheit und Diversität im Zusammenhang mit Teilhabechancen und
Sorgebedarfen in der alternden Gesellschaft**
Prof. Dr. Susanne Kümpers, Hochschule Fulda

Kommentar:

Brigitte Paetow, Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern

Diskussion

- ▶ **12.15 Uhr** **Potenzial und Grenzen der Unterstützungsnetzwerke älterer Zuwanderer**
Prof. Dr. Monika Alisch, Hochschule Fulda

Kommentar:

Dr. Claudia Kaiser, BAGSO

Diskussion

- ▶ **13.15 Uhr** **Mittagspause**

- ▶ **14.00 Uhr** **Soziale und technische Innovationen in Nachbarschaft und Quartier –
eine alternde Gesellschaft stellt sich neu auf**
Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber, Technische Universität Berlin

Kommentar:

Petra Uertz, Verband Wohneigentum

Diskussion

- ▶ **15.00 Uhr** **Politik vor Ort ist überall – oder doch nicht?
Lokale Altenpolitik vor großen Herausforderungen**
Wilhelm Schmidt, Arbeiterwohlfahrt und Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge

Kommentar:

Jens-Peter Kruse, Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD

Diskussion

- ▶ **16.00 Uhr** **Kaffeepause**

Programm der gemeinsamen Fachtagung

- ▶ **16.30 Uhr** **Kirche und sorgende Gemeinschaften:
Überlegungen zu Fragen des Glaubens, der Ethik und der Gemeindegarbeit**
Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

- ▶ **16.40 Uhr** **Was soll mit dem Siebten Altenbericht erreicht werden?**

Podiumsdiskussion mit

- *Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg*
- *Wilhelm Schmidt, Arbeiterwohlfahrt und Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge*
- *Prof. Dr. Ursula Lehr, BAGSO*
- *Dr. Frank-Michael Pietzsch, Volkssolidarität Bundesverband*
- *Felix Rathofer, Bundesforum Katholische Seniorenarbeit*
- *Renate Reymann, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband*

- ▶ **17.25 Uhr** **Resümee und Verabschiedung**
Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

- ▶ **17.30 Uhr** **Ende der Veranstaltung**



*Dr. Matthias von Schwanenflügel, BMFSFJ,
Leiter der Abteilung 3*



Mittagspause

Ungleichheit und Diversität im Zusammenhang mit Teilhabechancen und Sorgebedarfen in der alternden Gesellschaft

Prof. Dr. Susanne Kümpers, Hochschule Fulda

Im Mittelpunkt des Beitrags von Frau Kümpers stand die Frage, inwiefern die unterschiedlichen Lebenslagen im Alter Teilhabe ermöglichen und welche Faktoren Teilhabe erschweren.

Altersbilder und Teilhabechancen in öffentlichen Diskursen

Im Hinblick auf die Altersbilder in der Gesellschaft gibt es eine Polarität zwischen dem aktiven, produktiven und erfolgreichen Alter und dem passiven, abhängigen und unproduktiven Alter. In diesem Kontext wird darauf hingewiesen, dass die „Passivität“ des Alters nicht abgewertet werden darf. Ältere Menschen dürfen nicht zu freiwilligem Engagement und lebenslangem Lernen verpflichtet werden; dies wurde in den vergangenen Jahren immer wieder von unterschiedlicher Seite gefordert (vgl. Forderung von Richard David Precht 2011 für ein soziales Pflichtjahr für alle Rentner).



Prof. Dr. Susanne Kümpers

Soziale Ungleichheit und Gesundheit im Alter

Studien in Berlin zeigen einen Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und Sozialindex. Ältere Menschen mit einem schlechteren sozioökonomischen Status und niedrigerem Einkommen verfügen über eine geringere Lebenserwartung. Daher müsse bei der Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe der sozioökonomische Status betrachtet werden, dieser beeinflusst das Zivilengagement. Armut verringert die Zugänge zum Engagement. Das Zivilengagement Älterer ist daher weitgehend mittelschichtorientiert (Ausnahme: Bund-Länder-Programm Soziale Stadt)

Ein niedriger sozioökonomischer Status bedeutet ein verstärktes Risiko für Krankheit und Behinderung und erzeugt soziale Exklusion und Machtlosigkeit.

Ein hoher sozioökonomischer Status wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus und ermöglicht soziale Teilhabe und Mitbestimmung.

Sozioökonomische Benachteiligung im Alter bedeutet:

- Signifikant früherer Eintritt chronischer Erkrankungen und Behinderungen,
- Problematik des „vierten Alters“ früher und stärker,
- frühere Einschränkungen der Mobilität durch gesundheitliche und finanzielle Einschränkungen,
- eingeschränkte Partizipations- und Gestaltungschancen,
- je nach Zielgruppe erschwerte Zugänge zum Versorgungssystem.

Alter, Geschlecht, Gesundheit, Versorgung

Die Lebenslagen älterer Frauen sind gekennzeichnet durch einen geringeren Bildungs- und Sozialstatus, niedrigere Renten (höheres Armutsrisiko), höhere Morbidität (bei längerer Lebenserwartung), und ein größeres Risiko für Pflegeheimaufnahme. Pflegende Angehörige sind nach wie vor

mehrheitlich weiblich. Pflege bedeutet häufig Einbußen für die eigene Gesundheit bzw. soziale Teilhabe sowie Verluste bzgl. der eigenen Altersabsicherung.

Ältere Menschen mit Einschränkungen

Die Anzahl Älterer mit Behinderungen wird stark ansteigen analog zum wachsenden Anteil der Allgemeinbevölkerung im Rentenalter. Die Lebenserwartung verlängert sich aufgrund des medizinischen Fortschritts und besserer Unterstützung, die erste überlebende Generation nach dem Nationalsozialismus wird alt.

Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung haben erhöhte Krankheitsrisiken als direkte Folge der Behinderungen, indirekt als Spätfolge einseitiger (körperlicher) Belastungen und als Spätfolge jahrelangen Medikamentenkonsums. Das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bei Menschen mit geistiger Behinderung bedeutet häufig den Verlust wichtigster sozialer Netzwerke; daher wird eine individuelle Unterstützung bei der Neuorientierung benötigt. Die Inklusion in Nachbarschaftsstrukturen erfordert daher Lernprozesse in der Allgemeinbevölkerung, den Abbau physischer, sozialer und psychischer Barrieren und die Öffnung in der Altenhilfe und -pflege.

Gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung

Drei bis fünf Prozent aller Menschen haben eine gleichgeschlechtliche sexuelle Präferenz. Die jetzige ältere Generation hat eine massive Kriminalisierung und Diskriminierung erlebt. Häufige Folgen sind: Schwierigkeiten / Abstriche in der beruflichen Laufbahn, lebenslanger Rückzug und Isolation (Unmöglichkeit langfristiger Beziehungen) sowie Angst vor erneuter Diskriminierung bei Pflegebedürftigkeit.

Schlussfolgerungen für den Siebten Altenbericht

Teilhabe und Engagement sind wertvoll, sie spiegeln nicht nur Kompetenz und Bereitschaft, sondern auch Zugangschancen wider. Das Verständnis von Teilhabe und ihre Anerkennung muss breiter gefasst und das Engagement außerhalb von Einrichtungen mit einbezogen werden. Die Stärkung von Teilhabe und die Sicherung von Versorgung und Schutz erfordern, dass

- die Vielfalt der Lebenslagen, Lebenswelten und daraus entstehenden Bedarfe anerkannt wird,
- die besondere Vulnerabilität bestimmter Gruppen berücksichtigt und nach Möglichkeit kompensiert wird,
- und dafür kommunal und auf Nachbarschaftsebene nachhaltige Unterstützungsstrukturen gefördert werden.



Publikum

Kommentar

Brigitte Paetow,
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern

Brigitte Paetow, langjährige Vorsitzende des Seniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern, nahm in ihrem Kommentar das zivilgesellschaftliche Engagement mit politischer und sozialer Partizipation in den Blick.

Die Folgen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel stellt das Land Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Die geringe Bevölkerungsdichte, das hohe Armutsrisiko im Land, die Arbeitslosenquote sowie die Folgen der Kreisgebietsreform haben Auswirkungen auf alle Bereiche der Daseinsvorsorge, die Mobilität und das bürgerschaftliche Engagement. Diese Herausforderungen können nur im Zusammenwirken zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelöst werden.



Brigitte Paetow

Voraussetzungen für Partizipation

Partizipation erfordert den teilhabebereiten Bürger und die teilhabefördernde Kommune. Eine wirksame Partizipation kann nur gelebt werden, wenn Bürger und Staat mitspielen. Die Teilhabebereitschaft der Bürger, speziell im Rentenalter, ist sehr unterschiedlich und abhängig vom sozialen Status, der finanziellen Lage (auch ein Ehrenamt muss man sich leisten können), vom Wohnort, von der Mobilität insbesondere im ländlichen Raum, vom Bildungsstatus und der Bereitschaft zur Weiterbildung im Ehrenamt sowie dem Zugang zu neuen Kommunikationsmöglichkeiten.

Engagementfördernde Infrastruktur

Kommunen können die Teilhabebereitschaft der Bürger durch eine Willkommenskultur für jede Form des Engagements, Anerkennung des Ehrenamts durch Auslagererstattung, Angebote zur Weiterbildung, Zugangsmöglichkeiten zu modernen Kommunikationstechnologien, Ermöglichung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen auf Augenhöhe sowie politische Mitwirkung durch Seniorenbeiräte fördern. Gleichzeitig muss auch das Miteinander der Generationen gestaltet werden, um einer Entfremdung der Generationen entgegenzuwirken.

Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gehört auch eine finanzielle Unterstützung, die von den Kommunen alleine nicht geleistet werden kann. Daher fordert der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern eine Ehrenamtsförderung auf Bundes- bzw. Landesebene, die in Form einer Kopfpauschale – abhängig von der Anzahl der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune – den Kommunen als Pflichtaufgabe für die Unterstützung des Ehrenamts zur Verfügung gestellt werden sollte.

Seniorenmitwirkungsgesetze fördern

Abschließend wies Frau Paetow noch auf die guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern sowie der Seniorenbeiräte auf unterschiedlichen politischen Ebenen hin (z. B. Mitwirkung des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern beim integrierten Landesverkehrsplan). Das freiwillige Engagement muss nach Aussage von Frau

Paetow bis zu einem gewissen Grad der Verbindlichkeit unterliegen, aber keinem Zwang! Die Mitwirkung Älterer muss von den politischen Entscheidungsträgern ernst genommen werden. Dies wurde in Mecklenburg-Vorpommern durch die Verabschiedung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes 2010 erreicht. In diesem Kontext ist auch die Zusammenarbeit mit weiteren Seniorenorganisationen auf Landesebene im Altenparlament wichtig.

Essentials aus der anschließenden Diskussion zu beiden Beiträgen

- Seniorenmitwirkungsgesetze sind wichtig und sollten in weiteren Bundesländern auf den Weg gebracht werden (z. B. Sachsen).
- Für Zugänge und Teilhabe beim Engagement ist die persönliche Ansprache unverzichtbar.
- Verschiedene Gruppen brauchen Unterstützungsleistungen, hier ist auch insbesondere der Bund gefordert, z. B. durch Einbeziehung benachteiligter Gruppen auf Nachbarschaftsebene, Programme wie „Soziale Stadt“ sind hierfür unverzichtbar! Unterstützungsstrukturen können nicht rein ehrenamtlich erbracht werden, sondern brauchen eine hauptamtliche Begleitung zur Sicherung der Stabilität und Nachhaltigkeit.

Potenzial und Grenzen der Unterstützungsnetzwerke älterer Zuwanderer

Prof. Dr. Monika Alisch, Hochschule Fulda

Frau Alisch ging auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „AMIQUS – Ältere Migrant/innen im Quartier“ auf Potenziale und Grenzen der Unterstützungsnetzwerke älterer Migrantinnen und Migranten ein. Eine differenzierte Betrachtung berücksichtige nicht nur die Heterogenität älterer Migranten, sondern auch die unterschiedlichen Wohn- und Quartierssituationen. Für den Zugang zur Zielgruppe sei die persönliche Ansprache entscheidend. Man müsse regelmäßig bei den betreffenden Personen nachfragen und durch Formulierungen wie „Wir würden uns freuen“ die Wertschätzung zum Ausdruck bringen.



Prof. Dr. Monika Alisch

In dem Projekt, das von Frühjahr 2009 bis zum Februar 2012 in Wiesbaden, Fulda und München als Verbundprojekt der Hochschulen Rhein-Main und Fulda umgesetzt wurde, wurden in einem ersten Schritt Fokusgruppen mit je 20 Teilnehmenden durchgeführt, wobei darauf geachtet wurde, dass die Quartiersstruktur möglichst repräsentiert wurde. Es wurden partizipative Methoden angewandt wie Interviews, Stadtteilspaziergänge oder Zukunftswerkstätten. In einem zweiten Schritt wurde eine aktivierende Befragung von insgesamt über 800 Personen durchgeführt. Ziel war es, Formen der Vernetzung / Selbstorganisation, Formen der Raumnutzung sowie Interessen- und Problemlagen zu ermitteln. In einem abschließenden dritten Schritt wurden dann – unter Nutzung der bestehenden Strukturen – Projekte partizipativ entwickelt. Dabei ging es in der Regel nicht um das Thema Integration als solches, sondern auch um Themen wie Verkehrsberuhigung, bürgerschaftliches Engagement, Mehrgenerationentreff, Senioren helfen Senioren, Frauentreff, Repara-

turwerkstatt (Männer). Als wichtig stellte sich heraus, das Expertenwissen der Teilnehmenden zu berücksichtigen. Kritische Situationen in der Projektentwicklung wurden analysiert.

Bei den Typen der Vernetzung an den vier Projektstandorten zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zu den jeweiligen Wohn- und Quartiersstrukturen. Bei den öffentlichen Typen der Vernetzung sind zwei Drittel der befragten Personen in Nachbarschaftsnetzwerke eingebunden (informell selbstorganisiert), immerhin ein Viertel der Befragten sind durch die Mitgliedschaft in speziellen Organisationen vernetzt, aber lediglich ein Zehntel der Befragten gehören einem institutionalisierten Netzwerk an. Erschwert wird die Vernetzung teilweise durch die hohe Fluktuation in bestimmten Wohnquartieren. Unterstützungsbedarf wurde insbesondere im Falle von Krankheit sowie beim Umgang mit Ämtern geäußert. Die bestehenden informellen Netze scheinen hier nicht auszureichen. Festgestellt wurde zudem eine hohe Scham, Problemlagen „öffentlich“ zu thematisieren, etwa im Rahmen einer Seniorenberatung.

Als zentrale Ergebnisse nannte Frau Alisch den starken Zusammenhang zwischen der Art der Vernetzung und der Art des Quartiers, der sogar stärker sei als der zur Herkunft. Aber auch die Vernetzung in herkunftsbezogenen Gruppen werde dazu genutzt, mit anderen im Quartier lebenden Menschen Kontakt aufzunehmen. Das Projekt habe schließlich auch die These bestätigt, dass das Potenzial der vielfältig vorhandenen informellen Unterstützungsnetzwerke bislang unterschätzt werde.

Weitere Informationen zum Projekt AMIQU: <http://www.fh-fulda.de/index.php?id=8644>

Kommentar

*Dr. Claudia Kaiser,
BAGSO-Referentin für Gesundheits- und Pflegepolitik*

Als Vertreterin der BAGSO und Leiterin eines Projekts zur Verbesserung der Versorgung russischsprachiger Demenzkranker (NASCH DOM) sprach Frau Kaiser eine Reihe von Empfehlungen aus verbands- und sozialpolitischer Sicht aus. So gehe es bei der Frage der Heterogenität älterer Migranten nicht nur um die unterschiedlichen Herkunftsregionen und ethnisch religiösen Hintergründe, sondern auch um Unterschiede bezüglich der Zuwanderungsmotive und Perspektiven, dem Aufenthaltsstatus, der sozialen Lage sowie den sonstigen Lebenssituationen der Menschen. Vor diesem Hintergrund seien die sozialstrukturellen Kategorien (Bildung, Einkommenssituation, Wohnquartier) häufig aussagekräftiger als der „Migrationsstatus“. Vor allem aber müsse man weg von der vorherrschenden Problemsicht hin zu einer die Potenziale hervorhebenden Sicht (Anerkennung der Lebensleistung, Ressourcenorientierung). Um über differenziertere Informationen verfügen zu können, müssten im Rahmen von Erhebungen (z. B. Freiwilligensurvey, Alterssurvey) repräsentative Migrantentstichproben erhoben werden. Gleiches gilt für die Pflege- oder Kommunalstatistik.



Dr. Claudia Kaiser

Für die Zusammenarbeit mit älteren Migranten und ihren Interessenvertretungen brauche es Interesse und die Bereitschaft, voneinander zu lernen. Gute und nachhaltige Zusammenarbeit funktioniere nur auf Augenhöhe und mit Hilfe von Expertinnen und Experten aus der Migranten-Community. Gerade für ältere Migrantinnen und Migranten werden Begegnungs- und Kontakt-räume benötigt. Tatsächliche und rechtliche Barrieren müssten abgebaut werden, um älteren Migrantinnen und Migranten den Zugang zu bestehenden Versorgungsangeboten zu ermöglichen. Dies schließe die Entwicklung zielgruppenspezifischer Versorgungsangebote nicht aus. Schließlich brauche es eine kultursensible Öffnung von Vereinen und Verbänden der Seniorenarbeit.

Ein Schwerpunkt der nachfolgenden Diskussion waren die konkreten Zugangsmöglichkeiten zu Menschen mit Zuwanderungsgeschichten. Da sich viele Migrantinnen und Migranten mit den formalisierten Prozessen in Deutschland schwer tun, wurde vorgeschlagen, Wege zu finden, Selbstorganisation wachsen zu lassen. So könnten Mittel in einem „Quartiersfonds“ zur Verfügung gestellt werden, mit denen ergebnisoffene Prozesse in Gang gesetzt werden.

Hingewiesen wurde auf eine von der AWO herausgegebene Arbeitshilfe zum Thema Interkulturelle Seniorenarbeit, die Ende 2014 in einer Neuauflage herausgegeben wird.

Soziale und technische Innovationen in Nachbarschaft und Quartier – eine alternde Gesellschaft stellt sich neu auf

*Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber,
Technische Universität Berlin*

Frau Pahl-Weber ging in ihrem Beitrag zunächst auf die zunehmende Vielfalt und Verschiedenartigkeit von Lebenslagen und Lebensformen im Alter ein. Sie unterstrich, dass es „den“ alten Menschen nicht gebe und somit auch keine einheitlichen Lösungen für das Wohnen im Alter. Das Wohnen in den eigenen vier Wänden stelle jedoch nach wie vor die beliebteste Wohnform für Ältere dar.

Die individuellen sowie sozialräumlichen Unterschiede werden sich in Deutschland aber in Zukunft weiter verschärfen: Individualisierung und Vereinzelung sowie die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen werden zunehmen. Dies wird sich unmittelbar auf die Anforderungen an die Versorgung im Sozialraum auswirken. Die Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen machen darüber hinaus deutlich, dass es sehr unterschiedlich dicht besiedelte Räume gibt. Insbesondere die verschiedenartigen Ausgangsbedingungen in dünn besiedelten ländlichen Räumen und in sehr schnell wachsenden städtischen Räumen zeigen, dass ein breites Spektrum von Interventionsansätzen auf lokaler Ebene entwickelt werden muss.



Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber

Im zweiten Teil ihres Beitrags veranschaulichte Frau Pahl-Weber anhand von Seminarergebnissen am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin, wie soziale und technische Innovationen im Wohnumfeld entwickelt und umgesetzt werden können. Zunächst stellte Frau Pahl-Weber dar, welchen Beitrag Wohnungsunternehmen mit größeren Wohnungsbeständen (in Berlin, Bremen, Schwerin und München) für das städtebauliche Umfeld leisten können. Am Beispiel der GEWOBAG Berlin zeigte sie, dass mit (einfachen) baulichen Umbau- oder Erneuerungsmaßnahmen mehr Sicherheit und Orientierung im Wohnumfeld geschaffen sowie gemeinschaftsorientierte Angebote bereitgestellt werden können. Weiter stellte Frau Pahl-Weber Produkte vor, die im Rahmen des Projekts „Designing Smart Cities“ an der TU Berlin (mit der Methode des „Design Thinking“) entwickelt wurden. Hierbei handelte es sich zum einen um eine Weiterentwicklung und Verbesserung eines Rollators, der einen Beitrag zu mehr Mobilität älterer Menschen leisten kann. Zum anderen stellte Frau Pahl-Weber eine Mobilitätsplattform vor, in der die Barrierefreiheit im ÖPNV im Mittelpunkt steht. Diese Beispiele zeigen, dass ausschließlich individuelle und wohnungsbezogene Aktivitäten zu kurz greifen und vielmehr die Mitgestaltung verschiedener Akteure auf lokaler Ebene erforderlich ist, um ein möglichst langes selbstständiges Leben, selbst im Falle körperlicher und gesundheitlicher Einschränkungen, sicherzustellen.

Kommentar

Petra Uertz, Verband Wohneigentum e.V.

Frau Uertz ergänzte und kommentierte den Beitrag von Frau Pahl-Weber aus der Perspektive der Eigenheimbesitzer (Eigenheime machen in Deutschland 46 Prozent aller Haushalte aus). Der Bedarf an Information und Beratung hinsichtlich des Wohnens im Alter sei ein wichtiges Thema innerhalb des Verbandes. Sowohl Wohnberatung, Bau- und Modernisierungsberatung als auch rechtliche Fragen zum Erbrecht, zum Verkauf oder zur Vermeidung von Leerstand seien Themen, die Eigenheimbesitzer im individuellen Verantwortungsbereich interessieren. Bauliche Wohnungsanpassungen seien dabei für Eigenheimbesitzer leichter zu verwirklichen als für Mieter, technische Innovationen seien bisher hingegen im Eigenheimbereich weniger umgesetzt. Sie werden in Zukunft jedoch eine größere Rolle spielen, vor allem dann, wenn sie bezahlbar, einfach zu bedienen, technisch stabil und vertrauenswürdig seien.



Petra Uertz

Neue Formen des Wohnens im Alter (wie etwa Wohnen in Mehrgenerationenhäusern oder in Wohngemeinschaften) werden bisher eher selten nachgefragt, da diese Wohnformen für Eigenheimbesitzer mit baulichen und technischen Hürden und in der Regel mit einem Umzug und mit einer Umstellung des Lebensstils verbunden ist. In diesem Bereich fordert der Verband eine stärkere Verantwortung der Kommunen. Die Kommunen sollten einerseits den Neubau sowie solche Wohnformen fördern, die altersgerechtes Wohnen erleichtern, und sie sollten andererseits den kommunalen Wohnungsbestand altersgerecht sanieren.

Die Verantwortung für das Wohnumfeld, für die Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs, mit Gesundheitseinrichtungen und Kultur sowie für den öffentlichen Personennahverkehr sieht Frau Uertz auf der staatlichen Ebene. Hier seien die Kommunen hauptverantwortlich, zusammen mit Land und Bund. Unterstützung sollten die Kommunen durch ortsansässige Vereine, Wohlfahrtsverbände, Ärzte und Pfleger, Geschäftsleute und private Initiativen erfahren. Eine sogenannte „sorgende Gemeinschaft“ bräuchte jedoch gemeinsame Projekte, die den Zusammenhalt fördere und keinen überfordere. Nachbarschaftshilfe und Hilfe von Freunden würden hingegen auf Gegenseitigkeit beruhen und seien deshalb nur begrenzt verfügbar und abrufbar. Erfahrungen aus Projekten und Umfragen zeigten, dass für bürgerschaftliches Engagement und aktive Gemeinschaften ein „Motor“ notwendig sei und auch entsprechende Rahmenbedingungen (z. B. Treffpunkt, Dorf-laden) vorgehalten werden sollten.

Politik vor Ort ist überall – oder doch nicht? Lokale Altenpolitik vor großen Herausforderungen

Wilhelm Schmidt,

Arbeiterwohlfahrt und Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge

Herr Schmidt erinnerte zunächst daran, dass der Subsidiaritätsgedanke zur Gründung der Wohlfahrtsverbände in Deutschland geführt habe. Die Daseinsvorsorge sei nicht nur eine staatliche, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Eine erfolgreiche Umsetzung im kommunalen Sektor fordere eine aktive Sozialraumplanung, bei der es auch auf die Fähigkeit zur Selbstkritik ankomme.

Als entscheidende Voraussetzungen nannte Wilhelm Schmidt die Bereitschaft der jeweiligen Kommunalverwaltung, offen zu planen, ohne von vorneherein darauf zu verweisen, es sei kein Geld vorhanden. Zudem müsse die Planung partizipativ erfolgen. „Bürgerbeteiligung und lokale Demokratie sind nicht nur zeitgemäß, sondern auch in der Sache hilfreich. Die Berücksichtigung von Bürgerinteressen und den teilweise verborgenen Kompetenzen schafft ein Klima der Solidarität, das für inhaltlich bessere Entscheidungsgrundlagen und mehr Akzeptanz sorgt.“ Schließlich müsse die Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land gestärkt werden.



Wilhelm Schmidt

Kommentar

*Jens-Peter Kruse,
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der
EKD (EAfA) und Seniorenbeirat Hannover*

In zehn Thesen fasste Jens-Peter Kruse seine Vorstellungen von einer modernen kommunalen Seniorenpolitik zusammen. So benötigten Kommunen mehr rechtliche Spielräume bei der Altenhilfeplanung. Um ihre Finanzierung sicherzustellen, müsse die Altenhilfe zudem in den Pflichtenkatalog der Kommune aufgenommen werden. Auch wenn eine zunehmende Zahl Pflegebedürftiger eine bedeutsame Herausforderung für die Kommunen bedeute, müsse Seniorenpolitik mehr als Pflegepolitik sein. Viele ältere Menschen suchten für sich eine sinnvolle Aufgabe, sie wollten sich jedoch nicht als Ausfallbürger für nicht mehr bezahlbare staatliche Aufgaben in die Pflicht nehmen lassen.



Jens-Peter Kruse

Seniorenpolitik müsse Teil einer inklusiven Sozialpolitik und damit auch einer Generationenpolitik sein. Es müsse deshalb deutlich werden, dass es auch um das Leben und die Zukunft der Jungen geht. Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe verlange das Zusammenwirken der kommunalen Ressorts, die Koordinierung sei in der Verwaltungshierarchie möglichst hoch anzusiedeln. Ebenso wie Wilhelm Schmidt forderte auch Jens-Peter Kruse eine partizipatorische Sozialplanung. Er wies auf die Unterschiedlichkeit der Kommunen hin, weshalb es keine allgemein gültigen Lösungen gebe. Die aktivierende Kommune müsse ermöglichen, vernetzen, für passgenaue Angebote verschiedener Träger sorgen sowie die Kontrolle und Evaluation von Maßnahmen durchführen. „Die Wiederentdeckung des Nahraums als den Ort der Gestaltung des Sozialen und die Erwartung, dass die Menschen ihre Angelegenheiten wieder stärker selbst in die Hand nehmen, legen es nahe, neu über die Grundidee des Subsidiaritätsprinzips nachzudenken.“ Abschließend nannte er das individuelle Engagement sowohl der Haupt- als auch der Ehrenamtlichen als entscheidend für den Erfolg einer partizipativen Sozialplanung.

In der nachfolgenden Diskussion wurden verschiedene positive Beispiele von Nachbarschaftsnetzwerken benannt. Zudem wurde noch einmal festgestellt, dass Quartiersentwicklung Teil der Stadtentwicklung sein muss.

Der Kommentar von Jens-Peter Kruse wurde zu einem BAGSO-Positionspapier „Lokale Seniorenpolitik vor großen Herausforderungen“ weiterentwickelt. Es kann unter www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Positionen/2014/BAGSO_Positionspapier_Lokale_Seniorenpolitik.pdf heruntergeladen werden.

Kirche und sorgende Gemeinschaften: Überlegungen zu Fragen des Glaubens, der Ethik und der Gemeindearbeit

Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Herr Kruse führte in seinem Vortrag die folgenden Überlegungen aus:

Für Kirche, Caritas und Diakonie ist der Begriff der „sorgenden Gemeinschaft“ handlungsleitend oder sollte es wenigstens sein – bildet doch der Gemeindegedanke ein zentrales Merkmal christlichen Glaubens. Eine Aufgabe alter Menschen in einer derartigen Sorgestruktur lässt sich auch in der Weise charakterisieren, dass sie ihre Erfahrungen *im* Glauben und *mit* dem Glauben, dass sie ihr im Lebenslauf gewonnenes und reflektiertes Wissen an nachfolgende Generationen weitergeben und die historisch-kulturelle Entwicklung des Glaubens offen, neugierig und unterstützend begleiten. Hier liegt auch ein bedeutendes Moment der Generativität, verstanden als das Motiv, sich für junge Menschen zu engagieren, in deren Leben fortzuleben (symbolische Immortalität) und Mitverantwortung für diese zu übernehmen. In dem von Generation zu Generation weitergegebenen Glauben, der sich in der Auseinandersetzung mit *aktuellen* Anforderungen und Herausforderungen auch immer wieder *aufs Neue konkretisiert*, liegt eine Chance für ein *lebendiges* Christentum. Die von Papst Franziskus nach seiner Wahl vor dem Kardinalskollegium gehaltene Ansprache akzentuiert dieses Potential des Alters deutlich. Das im Leben gewonnene und reflektierte Wissen – Lebenswissen, Glaubenswissen und Expertenwissen mit Blick auf den Beruf und auf andere gesellschaftliche Bereiche – ist ein Potential des Alters: sowohl für die individuelle Entwicklung des alten Menschen als auch für die Entwicklung nachfolgender Generationen, denen dieses Wissen als Fundament in der schöpferischen Auseinandersetzung mit eigenen Lebensanforderungen dienen kann, die dieses Wissen aber zugleich weiterentwickeln oder – in der Sprache des anglikanischen Theologen John Donne (siehe hier seine *Devotions upon Emergent Occasions* aus dem Jahre 1624) – in eine „bessere Sprache übersetzen“.



Prof. Dr. Andreas Kruse

Der Begriff der „sorgenden Gemeinschaft“ gewinnt aus der Glaubensperspektive zusätzlich an Bedeutung, wenn es darum geht, den *alten* Menschen auch in seiner Verletzlichkeit und Endlichkeit wahr- und anzunehmen. Dabei sind auch die seelisch-geistigen Potentiale des Alters zu erkennen und ausdrücklich anzusprechen – wofür uns das Alte und Neue Testament bedeutende Anregungen geben. Das Bild des Alters in der Verkündigung darf die Verletzlichkeit und Endlichkeit nicht leugnen; es muss aber zugleich dafür sensibilisieren, dass der Mensch mehr ist als nur Körper: gerade in der emotionalen, kognitiven, sozialen und spirituellen Dimension können sich bemerkenswerte *Kräfte* des Alters zeigen. – Schließlich sollte sich die Verkündigung der Prinzipien christlicher Soziallehre (Subsidiarität) besinnen, die ein Fundament der Sorgestrukturen bilden können – sprechen sie doch den Einzelnen auch in seinen Ressourcen an, die dieser nicht allein für sich (Selbstverantwortung), sondern zudem für jene Menschen bereithalten sollte, die nur über geringe Ressourcen verfügen. Für das Gelingen des Modells einer sorgenden Gemeinschaft – bzw. allgemeiner: für die positiven Wirkungen von Sorgestrukturen – sind inter- und intragenerationelle *Gerechtigkeit* und *Solidarität* bedeutsam.

Podiumsdiskussion: Was soll mit dem Siebten Altenbericht erreicht werden?



Podiumsdiskussion

Um nach den Vorträgen und Kommentaren noch weitere Sichtweisen auf das Thema aufzuzeigen, fand am Ende der Fachtagung eine Podiumsdiskussion statt, an der die folgenden Personen teilnahmen:

- Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Wilhelm Schmidt, Arbeiterwohlfahrt und Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- Prof. Dr. Ursula Lehr, BAGSO
- Dr. Frank-Michael Pietzsch, Volkssolidarität Bundesverband
- Felix Rathofer, Bundesforum Katholische Seniorenarbeit
- Renate Reymann, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband

Erwartungen an den Siebten Altenbericht

Die Podiumsdiskussion stand unter der Leitfrage „Was soll mit dem Siebten Altenbericht erreicht werden?“. Dementsprechend bat Andreas Kruse, der die Podiumsdiskussion moderierte, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zunächst darum, ihre jeweiligen Erwartungen an den Siebten Altenbericht zu schildern.

Ursula Lehr wünschte sich, dass der Siebte Altenbericht nach seiner Veröffentlichung möglichst viel Aufmerksamkeit und Beachtung finden, dass er also hohe Wellen schlagen möge. Speziell zum bürgerschaftlichen Engagement erhofft sich Frau Lehr vom Siebten Altenbericht neue Impulse. Es sei wichtig, dass sich Menschen in allen Lebensphasen engagieren, nicht nur im Alter. Man müsse deshalb herausarbeiten, welche Motivation und welche Barrieren für Engagement es gibt. Altersgrenzen, die es beim bürgerschaftlichen Engagement in manchen Bereichen immer noch gibt, sollten in Frage gestellt werden. Hier könnte der Siebte Altenbericht, wie schon der Sechste Altenbericht, einen wichtigen Beitrag leisten.

Felix Rathofer betonte, dass die Kirchen bei der Gestaltung der konkreten Lebensräume und des Lebensumfelds von Menschen eine wichtige Rolle spielen können. Insbesondere die Arbeit in den Kirchengemeinden sei hier bedeutsam. Herr Rathofer empfahl der Altenberichtscommission deshalb, auch die kirchlichen Ressourcen auf der lokalen Ebene in den Blick zu nehmen.

Für Renate Reymann sollte der Siebte Altenbericht die Politik in die Pflicht nehmen, langfristig zu gestalten und über einzelne Legislaturperioden hinaus zu denken. Weiter sollte im Siebten Altenbericht auf die gesundheitliche Versorgung auf lokaler Ebene eingegangen werden. Frau Reymann betonte, dass es im Hinblick auf die Barrierefreiheit in Quartieren noch einigen Handlungsbedarf gibt. Barrierefreiheit komme in der Regel allen Menschen zugute, allerdings seien auch hier bisweilen Kompromisse nötig: So sind etwa für Menschen, die einen Rollator benutzen, Bordsteinkanten eher hinderlich, Blinde hingegen brauchen Bordsteinkanten.

Frank-Michael Pietzsch riet der Altenberichtscommission realistisch zu bleiben und nicht mehr zu fordern als absehbar umgesetzt werden könne. Seinem Eindruck nach würden die besonderen Probleme ländlicher Räume, etwa im Bereich der Pflege, bei der Arbeit der Altenberichtscommission bislang zu wenig beachtet.

Leitbild „sorgende Gemeinschaften“

Bei der Podiumsdiskussion wurde auch über das Leitbild „sorgende Gemeinschaften“ gesprochen. Herr Rathofer erläuterte, dass die Sorge füreinander, sowohl innerhalb der Gemeinschaft, als auch für Fremde, schon seit jeher ein Markenzeichen des Christentums ist. Die Sorge beziehe sich dabei nicht nur auf körperliche Bedürfnisse, sondern auch auf die seelisch-geistige Situation der Menschen. Das Christentum stehe also für eine ganzheitliche Sicht auf den Menschen, die Kirchen seien für den ganzen Menschen da. Allerdings müsse sich die Kirche selbstkritisch der Tatsache stellen, dass ihre Angebote zu sehr auf die Mittelschicht ausgerichtet sind. Sie müsse darauf achten, Angebote für alle Menschen zu machen, auch für diejenigen, die am Rand der Gesellschaft stehen.

Ursula Lehr verwies darauf, dass es auch für ältere Menschen wichtig sei, sich um andere zu sorgen und das Gefühl zu haben, von anderen gebraucht zu werden („Feeling of being needed“). Die Hochaltrigenstudie des Generali Zukunftsfonds habe gezeigt, dass dieses Bedürfnis mit zunehmendem Alter sogar eher zu- als abnehme. Neben der Sorge um andere müssten sich die Menschen aber auch um sich selbst sorgen. So könne sich etwa jeder Mensch im Rahmen seiner individuellen Möglichkeiten sportlich betätigen.

Frau Reymann wies darauf hin, dass im Bereich der Gesundheit die verschiedenen Organisationsformen der Selbsthilfe häufig dem ähnlich sind, was mit dem Leitbild „sorgende Gemeinschaften“ angesprochen wird. Die Selbsthilfe sei nach wie vor lebendig, sie werde auch weiterhin dringend gebraucht. Allerdings sei sie in der Regel unterfinanziert, deshalb hängt ihr Fortbestand weitgehend vom Engagement der Menschen ab. Insgesamt stehe die Selbsthilfe in einem Spannungsfeld zwischen wachsenden Aufgaben und Überlastung.

Im Hinblick auf Sorge ist für Frank-Michael Pietzsch die Kardinalfrage in allen Handlungsfeldern: Wie erreicht man diejenigen, die die Hilfe am Nötigsten haben? Hilfe, Beratung und Unterstützung an den Rändern der Gesellschaft kann nicht ausschließlich mit bürgerschaftlichem Engagement geleistet werden, hierzu braucht es professionelle Strukturen und Angebote.

Weitere Informationen über den Siebten Altenbericht der Bundesregierung finden Sie unter www.siebter-altenbericht.de

Bei Fragen zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung wenden Sie sich bitte an:

Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung

Deutsches Zentrum für Altersfragen

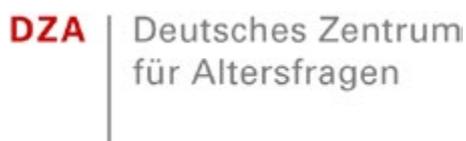
Manfred-von-Richthofen-Str. 2

12101 Berlin

Tel.: 030-260 740-86

E-Mail: geschaeftsstelle@dza.de

Die Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung ist angesiedelt am Deutschen Zentrum für Altersfragen.



Weitere Informationen zur BAGSO und zu den Publikationen der BAGSO finden Sie unter www.bagso.de



Die Veröffentlichung dieser Dokumentation wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

